

ak**sb**



Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland



Konvention über katholisch-sozial
orientierte politische Jugend- und
Erwachsenenbildung in der AKSB



Dr. Alois Becker
Vorsitzender



Lothar Harles
Geschäftsführer



Liebe Leserinnen und Leser,

die „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB)“ ist seit zehn Jahren Arbeitsgrundlage der politischen Bildung in der AKSB. Unter dem Motto „Position beziehen“ haben wir diesen Grundlagentext damals der politischen, kirchlichen und fachlichen Öffentlichkeit vorgestellt.

Die AKSB-Konvention dient der Qualitätssicherung und leistet einen Beitrag zur fachlichen und politischen Diskussion der Profession nicht-formaler politischer Jugend- und Erwachsenenbildung. Seit der Erstellung führen wir diesen Diskurs mit der Konvention bundesweit. Damit erfüllen wir eine Erwartung des damaligen, für die politische Bildung zuständigen Innenministers Otto Schily. Dieser hatte sich in seinem Geleitwort zum Erscheinen der Konvention eine breite Debatte in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gewünscht, die zu einer Überprüfung und Sicherung der hohen Qualitätsstandards der Arbeit der freien Träger führen sollte.

Bedeutende gesellschaftliche Entwicklungen haben in den vergangenen zehn Jahren stattgefunden. Ihre Auswirkungen beeinflussen erheblich die inhaltliche und methodische Ausgestaltung der politischen Bildung. Mit der neu aufgelegten Taschenausgabe des Textes laden wir Sie ein, erneut mit der Konvention Position zu beziehen. Die AKSB selbst wird die Aussagen ihres programmatischen Leitbilds regelmäßig auf deren Aktualität hin überprüfen.

INHALT



	Inhalt
Editorial	3
Einführung	5
Die AKSB-Konvention	12
Einleitung	14
Wertorientierung der AKSB	15
Selbstverständnis von politischer Bildung	27
Fachliche Verortung	40
Institutionelle Ausgestaltung	45
Schluß	57
Geleitwort des Bundesministers des Innern	58
Geleitwort von Bischof Dr. Josef Homeyer	60
Informationen und Kontakt	62
Impressum	63

EINFÜHRUNG



In der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) arbeiten Akademien, Bildungseinrichtungen und Verbände zusammen, um politische und gesellschaftsbezogene Bildungsarbeit anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Durch fachdidaktischen Erfahrungsaustausch und Förderung der Fortbildung, durch gemeinsame Arbeit an Schwerpunkten und innovativen Projekten, durch Konzeptbildung und Evaluation, durch partnerschaftliches Zusammenwirken mit zentralen Stellen und Interessenvertretung in Fachfragen sowie durch Pflege internationaler Kontakte sorgen sie für fachlich qualifizierte katholisch-sozial orientierte politische Bildung in einer bundesweit wirkenden Infrastruktur.

Ihre vielfältigen fachspezifischen Angebote in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung auf nationaler und internationaler Ebene richten sich an alle Interessierten unabhängig von politischer, weltanschaulicher oder kultureller Zugehörigkeit. Durch ihre spezifische Wert- und Normenbegründung aus der christlichen Sozialethik und durch das personale Angebot der in ihr verwurzelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat die AKSB ein eigenständiges Profil im Gesamtfeld der politischen Bildung.

Um die Qualität ihres spezifischen Beitrags zur politischen Bildung zu sichern, vergewissern sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft immer wieder über Ziele, Grundlagen und Rahmenbedingungen der gemeinsamen Arbeit. So haben sie 1974 ihre Position in dem Grundsatzbeschuß „Politische Bildung in katholischer Trägerschaft“ beschrieben, dem 1981 das „Konzept zur politischen Bildung der Jugend in der AKSB“ und 1988 dessen aktualisierende Ergänzung folgten. Veränderte Rahmenbedingungen und fachdidaktische Entwicklungen führten 1995 zu einer Profildebatte, in deren Verlauf die Mitglieder der AKSB ihre Ziele und ihre Ansätze kritisch reflektierten. Im Herbst 1997 setzte die Mitgliederversammlung eine elfköpfige Arbeitsgruppe ein, die die Ergebnisse der Profildiskussion in einer „Konvention“ zusammenfassen sollte.

Nach eingehender Diskussion wurde die vorliegende „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“ von der Mitgliederversammlung in Trier am 26. November 1998 einstimmig beschlossen. Die Konvention beschreibt die gemeinsame Wertorientierung der AKSB (Teil 1), ihr Selbstverständnis von politischer Bildung (Teil 2), deren fachliche Verortung (Teil 3) und deren institutionelle Ausgestaltung (Teil 4).

Wertorientierung: Der Begründungszusammenhang der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung liegt in der Anthropologie der christlichen Sozialethik. Aus ihr ergibt sich die Gerechtigkeit als zentrale Perspektive für die Beurteilung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.

Verständnis von politischer Bildung: Politische Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung, indem sie die verantwortliche Teilnahme der Bürgerinnen und Bürgern am Politischen fördert. Gegenüber anderen Bereichen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung zeichnet sie sich dadurch aus, daß sich die Teilnehmenden an Veranstaltungen der politischen Bildung zentral mit politischen Fragestellungen beschäftigen. Mit ihrem Angebot der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung wollen die Mitglieder der AKSB zur Verwirklichung der Vision einer gerechten Gesellschaft beitragen.

Fachliche Verortung: Katholisch-sozial orientierte politische Bildung ist ein genuin kirchlicher Auftrag, an dem die Mitglieder der AKSB mitwirken. Sie leisten als Träger der freien Jugend- und Erwachsenenbildung neben anderen Trägern einen eigenständigen Beitrag zur politischen Bildung auf nationaler, europäischer und internationaler

Ebene. Mit ihrer spezifischen Wertorientierung sind sie Teil des pluralen Trägerspektrums der Jugendhilfe und der Weiterbildung.

Institutionelle Ausgestaltung: Der pädagogische Ansatz katholisch-sozial orientierter politischer Bildung wird wesentlich durch das personale Angebot geprägt. Über die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten hinaus werden Werthaltungen authentisch vertreten und begründet. Die Teilnehmenden werden als Personen angenommen, in ihrer Wertorientierung herausgefordert und in ihrem Lebensvollzug respektiert.

Mit der vorliegenden Konvention leistet die AKSB einen Beitrag zur fachlichen Diskussion über Bedeutung und Gestaltung der politischen Bildung in der Jugendhilfe und in der Weiterbildung in öffentlicher und kirchlicher Verantwortung. Sie bekennt sich zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der Jugend- und Erwachsenenbildung der Kirche, im Fachbereich sowie mit den kommunalen und staatlichen Instanzen, deren Aufgabe die Anregung und Förderung der politischen Bildung ist. Die Beschäftigung mit Politik als einem „autonomen Sachbereich“ (Gaudium et spes, Ziff. 36) gehört zu den Kernaufgaben des kirchlichen Heils- und Weltdienstes. Die Konvention macht

Sinn und Bedeutung von Pluralität im öffentlich verantworteten Bildungssystem deutlich. So wird auch in Zukunft katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in einer plural strukturierten Gesellschaft dazu beitragen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung weiterzuentwickeln und die mit ihr verbundenen Werte zu stärken.

10 JAHRE KONVENTION

Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB



(1) In der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) haben wir uns als Bildungseinrichtungen und Verbände zusammengeschlossen, um politische und gesellschaftsbezogene Bildung in katholisch-sozialer Orientierung anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Politische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil unseres gesamten Bildungsangebotes für Jugendliche und Erwachsene, wenngleich die meisten unserer Mitgliedseinrichtungen und -verbände auch eine breite Palette von anderen Bildungsveranstaltungen anbieten. Im folgenden legen wir unsere gemeinsame Wertorientierung (Teil 1), unser Selbstverständnis von politischer Bildung (Teil 2), deren fachlicher Verortung (Teil 3) und deren institutioneller Ausgestaltung im Rahmen der AKSB (Teil 4) dar.

(2) Mit dieser Konvention wollen wir einen Beitrag zur fachlichen und politischen Diskussion über die Zukunft der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Staat, Kirche und Gesellschaft leisten. Gleichzeitig legen wir darin die fachlichen, personellen und strukturellen Standards unserer gemeinsamen Arbeit offen und tragen damit zur Weiterentwicklung und Sicherung der hohen Qualität außerschulischer politischer Bildung in freier Trägerschaft bei.

1 Welche Werte unserer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung zugrunde liegen

Der Mensch als personales Wesen in seiner Individualität und seinem Bezug zur Gesellschaft

(3) Jede politische Bildung geht – ob bewußt oder unbewußt – von bestimmten anthropologischen und ethischen Vorentscheidungen aus, die ihre Wahrnehmung gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen und ihre didaktische Konzeption prägen. Katholisch-sozial orientierte politische Bildung hat ihre feste Begründung in dem durch den christlichen Glauben geprägten Verständnis des Menschen als Person. Der Mensch ist in seinem Subjekt-Sein immer schon auf Gesellschaft verwiesen. Individualität und Sozialität gehören beide in gleicher Weise zum Personsein des Menschen. Die unantastbare Würde des Menschen begründen wir als Christen aus der Glaubensüberzeugung, daß jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist, das nach dessen Bild erschaffen wurde. Dadurch wird der Mensch über seine unmittelbaren Lebenszusammenhänge hinausgehoben. Er ist angelegt als eine durch Vernunft, Gewissen und freien Willen geleitete Person, die sich ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und die Schöpfung bewußt sein und diese wahrnehmen soll. Der Mensch mit seinen

Anlagen und Begabungen ist ein moralisches Subjekt, dessen Handeln sich in Freiheit vollzieht und das für sein Handeln Verantwortung trägt. Jeder Mensch soll sein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung führen können. Das schließt die verantwortliche Teilnahme am Politischen als Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens ein.

(4) Die Entfaltung des Menschen als Person in diesem umfassenden Sinn wird durch gesellschaftliche Entwicklungen herausgefordert. Im Zuge der Individualisierung wird die/der Einzelne zunehmend aus ihren/seinen traditionellen Bindungen und persönlichen Versorgungsnetzen herausgelöst. Die Veränderung des Verhältnisses der Geschlechter zueinander stellt zudem traditionelle Rollenverteilungen zwischen Mann und Frau in Frage. Diese Entwicklungen erweitern die Gestaltungsmöglichkeiten des Menschen für sein Leben. Mit der Vergrößerung der Entfaltungsmöglichkeit verbindet sich aber auch ein erhöhtes Risiko für die Lebensgestaltung des Menschen; sie erfordert gleichzeitig eine wachsende eigenständige Verantwortung. Die Identitätsbildung und die Entfaltung des Menschen als Person werden stärker zu einer Aufgabe individuellen Handelns jeder und jedes Einzelnen. Diese Entwicklung spiegelt sich in einem Wertewandel, in dessen Verlauf Selbstentfaltungs-

werte gegenüber Pflicht- und Akzeptanzwerten in den Vordergrund treten. Die wachsende Differenzierung gesellschaftlicher Institutionen führt dazu, daß neben Familie und Staat eine Vielzahl autonomer gesellschaftlicher Teilsysteme zu Bezugsgrößen für Teilbereiche des Lebens werden, in denen der Mensch sich immer wieder neu verorten muß. Katholisch-sozial orientierte politische Bildung will dem Menschen Anstöße geben, seine Identität in Freiheit als eine auf die Gesellschaft verwiesene Person zu entwickeln.

(5) Die personalen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen in unserer Gesellschaft werden trotz wachsender Individualisierung stark von materiellen und immateriellen Rahmenbedingungen beeinflußt, die besonders von wirtschaftlichen, technischen und politischen Systemen geschaffen werden. Der Prozeß der Transformation Deutschlands von einer industriellen Produktions- und zunehmenden Dienstleistungsgesellschaft zu einer Informations- und Wissensgesellschaft wird weiter tiefgreifende Veränderungen für das Erwerbsleben vieler Menschen zur Folge haben. In Verbindung mit der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit führt er zu einem wachsenden Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt. Die Privatisierungs- und Deregulierungstendenzen fördern den Rückzug

des Staates von Gemeinschaftsaufgaben. Individuelle und gemeinsame Verantwortung für das Wohl aller müssen neu in ein Gleichgewicht gebracht werden. Hierzu sind politische Entscheidungen nötig, bei deren Ausgestaltung alle Menschen gefordert sind und beteiligt werden sollen. Politischer Bildung kommt hier die Aufgabe zu, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Strukturen und Zusammenhänge transparent zu machen. Sie soll eine sachgerechte und wertbezogene Urteilsfindung unterstützen und zur Mitgestaltung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen motivieren sowie die dafür nötigen Fähigkeiten vermitteln.

Gerechtigkeit als grundlegender Wert für die Ordnung der Gesellschaft

(6) Als Christen sind wir der Überzeugung, daß jede gesellschaftliche Ordnung, insbesondere die politische und die wirtschaftliche, der Selbstverwirklichung des Menschen im Sinne seiner freien Entfaltung als Person nach seinen je eigenen Möglichkeiten zu dienen hat¹. Da allen Menschen die grundsätzlich gleiche Personwürde zukommt, müssen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat so gestaltet werden, daß diese Gleichheit in der Personwürde durch eine gerechte Ordnung gewährleistet wird,

welche sich in den Lebensbedingungen aller Menschen widerspiegelt. Dadurch, daß Gerechtigkeit die Freiheitsrechte aller Personen garantiert, kann eine Begrenzung der individuellen Freiheit der einzelnen Menschen erforderlich werden. Da sich Gerechtigkeit auf die Entfaltung des Menschen als Person bezieht, läßt sie sich nicht auf die gerechte Verteilung von materiellen und immateriellen Gütern und Lasten reduzieren.

Gerechtigkeit ist nicht nur eine Forderung an Gesellschaft und Staat; als eine Tugend menschlichen Handelns bedingt sie zunächst die gegenseitige Respektierung von Personen und Personengruppen untereinander und die Erfüllung von gemeinsamen vertraglichen Abmachungen und Regelungen. Sie verlangt vom einzelnen Menschen Loyalität gegenüber gesellschaftlichen Institutionen und staatlichen Gesetzen, soweit diese dem Gemeinwohl dienen und dem individuellen Gewissen nicht entgegenstehen. Gesellschaft und Staat sind verpflichtet, in ihren Institutionen soziale Gerechtigkeit anzustreben, die allen Bürgerinnen und Bürgern möglichst weitgehend ökonomisch-soziale Entfaltung und Mitwirkung

¹ Vgl. die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils „*Gaudium et spes*“, Ziff. 23-31, 63-66, 73-75, in: *Texte zur katholischen Soziallehre*, hrsg. v. Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, KAB, 8. Aufl., Bd. 1, Bornheim/Kevelaer 1992, S. 291-395.

sichert. Die Gerechtigkeit verpflichtet besonders die staatliche Ordnung sowie die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, alle Bürgerinnen und Bürger in angemessener Weise am Gemeinwohl teilhaben zu lassen. Soziale Gerechtigkeit als Ziel erfordert ein stetes Bemühen um die Balance zwischen unterschiedlichen Gerechtigkeitsforderungen wie etwa der Chancen-, der Bedürfnis-, der Leistungs- und der Eigentumsgerechtigkeit, aber auch der Zukunftsgerechtigkeit im Hinblick auf die Lebensbedingungen künftiger Generationen.

(7) Als Christen sind wir aufgefordert, uns in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat für die Verwirklichung dieser Gerechtigkeit einzusetzen. Dies ist eine Aufgabe der gesamten Kirche. In ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ haben sich die Kirchen ausdrücklich zu dieser Aufgabe bekannt: „Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung, die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen und aus ihrer Sendung, Zeichen

2 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (Gemeinsame Texte 9), Hannover/Bonn 1997, Ziff. 101. Vgl. auch die Ziff. 113 und 255, in denen die besondere Funktion der Bildung in diesem Zusammenhang betont wird.

und Werkzeug der Einheit und des Friedens in der Welt zu sein, erwächst“². Mit unserer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung leisten wir einen wichtigen Beitrag zu dieser Aufgabe. Wir bieten Menschen die Möglichkeit, sich zu befähigen, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, Institutionen und Strukturen unter dem Aspekt zu befragen, ob sie zu einer gerechteren Welt beitragen. Und wir regen Menschen dazu an und unterstützen sie dabei, sich in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat für gerechte Verhältnisse einzusetzen.

Prinzipien der christlichen Sozialethik

(8) In diesem Bemühen stützen wir uns auf die Grundsätze und Prinzipien der christlichen Sozialethik. In ihr entwickeln das kirchliche Lehramt, Theologinnen und Theologen sowie gesellschaftliche Gruppen in der Kirche vor dem Hintergrund verschiedener Kulturen und historischer Entwicklungen Kriterien, nach denen gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Strukturen und Handlungen im Hinblick auf Gerechtigkeit beurteilt werden können³.

3 Zum Begriff der christlichen Sozialethik vgl. die beiden grundlegenden Einführungen: Franz Furger, Christliche Sozialethik. Grundlagen und Zielsetzungen, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 13f., 114-118; Arno Anzenbacher, Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, S. 15-30, 155-166.

Wie die ökumenischen Versammlungen in Basel und in Graz und wie das Gemeinsame Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ zeigen, wird dabei eine wachsende Gemeinsamkeit zwischen den evangelischen Kirchen und der katholischen Kirche deutlich. Die christliche Sozialethik stellt keine fest umrissene Lehre von der Ordnung der Gesellschaft dar. Sie liefert eine Reihe von Reflexionsprinzipien und Urteilskriterien, nach denen individuelles, gesellschaftliches und staatliches Handeln beurteilt werden können. Ihre Prinzipien stehen in einer engen gegenseitigen Wechselbeziehung. Sie dürfen nie einzeln und absolut, sondern immer nur im Zusammenspiel als Ganzes betrachtet werden. In der konkreten Situation unserer Gesellschaft ist immer wieder neu ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen Prinzipien anzustreben.

(9) Aus dem christlichen Verständnis des Menschen als Person ergeben sich das Personalitätsprinzip und das Gemeinwohlprinzip als leitende Perspektiven bei der Betrachtung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Das Personalitätsprinzip besagt, daß alles menschliche und gesellschaftliche Handeln immer die Würde des Menschen zu beachten und letztlich seiner Verwirklichung als Person zu dienen hat. Er steht im Mittelpunkt der Schöpfung. Die Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz, in

der Europäischen Menschenrechtskonvention oder in UN-Pakten auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in positiven rechtlichen Normen festgelegt sind, wurden neben anderen Quellen auch aus diesem Prinzip inspiriert. Es wird heute insbesondere durch Egozentrik und rein subjektives Nützlichkeitsdenken in Frage gestellt.

(10) Das Gemeinwohlprinzip ergibt sich aus der gleichen Würde aller Menschen und aus dem Tatbestand, daß Menschen sich nur im Miteinander mit anderen Menschen als Personen angemessen entfalten können. Das Miteinander der Menschen bedarf einer Ordnung, die den Forderungen der Gerechtigkeit entspricht. Die gesellschaftliche Ordnung soll möglichst so beschaffen sein, daß alle Menschen sich als Person in ihrem Leben verwirklichen können. Das Gemeinwohl ist mehr als die Summe aller Einzelinteressen der Glieder einer Gesellschaft; es ist aber kein von diesen losgelöstes Allgemeininteresse. Das Gemeinwohl stellt den eigentlichen Sinn der staatlichen Ordnung dar. Der Staat hat zwar für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens die Beachtung des Gemeinwohls zu garantieren, er ist aber in erster Linie für die Setzung von Rahmenbedingungen zuständig und greift nur dort selbst ein, wo gesellschaftliche Kräfte und die Kräfte der Einzelnen überfordert

sind. Die Verwirklichung des Gemeinwohls ist zuvörderst eine Aufgabe der Gesellschaft selbst. Das Gemeinwohlprinzip widerspricht deshalb sowohl jenen, die dem Staat die Verantwortung für die Herstellung gerechter Lebensbedingungen absprechen, als auch jenen, die dem Staat allein die Verantwortung für die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit zusprechen.

(11) Aus dem Person- und dem Gemeinwohlprinzip ergeben sich für die Gestaltung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat die Prinzipien Solidarität und Subsidiarität. Solidarität beschreibt die menschliche Verbundenheit und die mitmenschliche Schicksalsgemeinschaft. Aus ihr erwächst die Aufgabe, das Verhältnis von Menschen untereinander und von der Gesellschaft gegenüber ihren Mitgliedern zu ordnen. Solidarität umfaßt drei Dimensionen: 1) Jeder Mensch ist verpflichtet, in seiner Selbstentfaltung Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen seiner Mitmenschen und der nachfolgenden Generationen zu nehmen. 2) Jeder Mensch und jede gesellschaftliche Gruppe ist verpflichtet, die Gesellschaft bei der Verwirklichung des Gemeinwohls zu unterstützen. 3) Die Gesellschaft als Ganze ist verpflichtet, in ihrer Ordnung die Interessen und Bedürfnisse aller ihrer Mitglieder, insbesondere der Armen

und Schwachen, möglichst weitgehend zu berücksichtigen. Die Solidarität wird heute durch einen Wirtschaftsliberalismus bedroht, der nach dem Zusammenbruch des Kommunismus auch jene gesellschaftliche Solidarität aufzukünden versucht, wie sie durch das System der sozialen Marktwirtschaft verkörpert wird. Vielmehr ist die soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Sie bedarf einer Ergänzung durch eine erneuerte Sozialkultur in der Gesellschaft. Zahlreiche Initiativen und Gruppen zeigen, wie viel die/der Einzelne zur Stärkung der Solidarität beitragen kann.

(12) Das Subsidiaritätsprinzip bezieht sich auf die Aufgabenverteilung zwischen der/dem Einzelnen und der Gesellschaft: Jede gesellschaftliche Tätigkeit ist ihrem Wesen nach subsidiär, d.h. als Hilfe auf die Entfaltung des personalen Menschseins im Miteinander ausgerichtet. Der Respekt vor der Würde des Menschen als Person gebietet, daß dasjenige, was die Einzelnen aus eigener Initiative und mit ihren eigenen Kräften leisten können, ihnen nicht entzogen und der Gesellschaft zugewiesen wird. Für die Ordnung der verschiedenen Sozialgebilde innerhalb der Gesellschaft gilt, daß die übergeordneten Gebilde den untergeordneten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben jeweils unterstützend zu Hilfe kommen sollen, daß sie aber den unterge-

ordneten Gebilden keine Aufgaben entziehen sollen, die diese aus eigener Kraft lösen können⁴. Im Hinblick auf die europäische Integration aber auch bei der Reform unseres Sozialstaates stellt Subsidiarität ein zentrales Prinzip dar. Die fortschreitende europäische Integration erfordert die permanente Überprüfung der Verteilung von zentralen, nationalstaatlichen und regionalen Kompetenzen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Die Reform des Sozialstaates darf die Verantwortung der/des Einzelnen und vorhandene Strukturen der Solidarität nicht schwächen.

(13) Die genannten Handlungs- und Beurteilungsprinzipien der christlichen Sozialethik bestimmen nicht nur den Blickwinkel, unter dem wir Gesellschaft, Wirtschaft und Staat betrachten; sie prägen auch unser Verständnis von politischer Bildung (Kap. 2), deren Einordnung in das gesamte Bildungssystem (Kap. 3) und deren Gestaltung in unseren Einrichtungen und Verbänden (Kap. 4).

⁴ Vgl. Oswald von Nell-Breuning, *Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre*, 2. Aufl., München 1985, S. 56.

2 Was wir unter katholisch-sozial orientierter politischer Bildung verstehen

Aufgabe der politischen Bildung und ihr Gegenstand

(14) Der Prozeß der Personwerdung des Menschen wird durch Erziehung und Bildung gefördert. Bildung soll dem Menschen grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die er zu einem menschenwürdigen Leben in der Gesellschaft benötigt. Eine Zeit raschen gesellschaftlichen und technischen Wandels, in der sich die Menschen ständig sich wandelnden Verhältnissen anpassen müssen, erfordert einen Prozeß des lebenslangen Lernens. Aufgrund unseres Verständnisses vom Menschen als Person gehört dazu auch seine Verantwortung für das Politische. Politische Bildung ist ein unverzichtbarer Teil der Allgemeinbildung, indem sie die verantwortliche Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am Politischen fördert. Sie ist in einer modernen Gesellschaft umso wichtiger, als in ihr gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Institutionen und Organisationen immer stärkeren Einfluß auf die materielle Lebenssicherung des einzelnen Menschen haben. Das Politische dringt dadurch in Sphären des menschlichen Lebens ein, deren Gestaltung bisher zum privaten Bereich jedes Menschen gehörte.

Kenntnis und Verständnis gesellschaftlicher und ökonomischer Zusammenhänge sowie die Fähigkeit zu deren Mitgestaltung nach freier, auf Vernunft und Gewissen beruhender Entscheidung werden damit zu immer wichtigeren Elementen eines Lebens in Freiheit und Selbstbestimmung. Mit unserem Angebot katholisch-sozial orientierter politischer Bildung möchten wir Menschen dabei unterstützen, sich zu freier Selbstbestimmung und zu verantwortlicher Mitgestaltung von zukunftsfähigen Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat sowie zu Solidarität mit anderen Menschen zu befähigen. Dabei müssen spezifische soziale Bezüge berücksichtigt werden, die sich durch Wahrnehmung bestimmter Rollen und Funktionen sowie durch Zugehörigkeit zu Gruppierungen ergeben.

(15) In der politischen Bildung steht die Verantwortung des Menschen für das Politische im Mittelpunkt. Über die Politik kann der Mensch Einfluß nehmen auf die Gestaltung seiner Umwelt und seiner Lebensbedingungen. Unter Politik verstehen wir jene spezifischen Formen gesellschaftlichen Handelns, in denen Menschen die gemeinsamen Bedingungen ihres Zusammenlebens gestalten und auf je unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft gemeinsame Ordnungen entwickeln, mit deren Hilfe sie jeweils ihre für die Gesamtheit bedeutsamen

Probleme lösen und Konflikte regeln können. Politik ist kluges Bemühen um das Gemeinwohl. Dabei spielen Werte, Bedürfnisse und Interessen von Einzelnen und von Gruppen eine zentrale Rolle.

Obwohl sich Politik auch auf zwischenmenschliche Beziehungen auswirken kann, ist die Behandlung zwischenmenschlicher Probleme in Familie, am Arbeitsplatz, in Freundeskreisen oder anderen informellen Gruppen nicht Gegenstand politischer Bildung. Politik umfaßt aber nicht nur das Handeln von staatlichen und supranationalen Organen; sie erstreckt sich auf jedes Handeln von Einzelnen und Gruppen, das sich auf gesellschaftlich bedeutsame Probleme und deren verbindliche Regelung bezieht. Im Rahmen unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates hat sie sich dabei am Grundprinzip des Gemeinwohls zu orientieren. Politische Institutionen ebenso wie die Formen der politischen Auseinandersetzung sind dabei nicht wertfrei, sondern unterliegen ihrerseits ethischen Ansprüchen: Die Institutionen müssen so geordnet sein, daß sie die friedliche Konfliktregelung und den gerechten oder wenigstens zumutbaren Interessenausgleich ebenso wie Machtkontrolle und Rechtssicherheit gewährleisten. In der politischen Auseinandersetzung sind gegenseitiger Respekt, Loyalität gegenüber der gemeinsamen Ordnung und Kompromißfähigkeit unabdingbar.

Fachliche Eingrenzung von politischer Bildung

(16) Unsere katholisch-sozial orientierte politische Bildung verortet sich strukturell in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Die politische Jugendbildung, die wir in unseren Verbänden und Einrichtungen anbieten, versteht sich als Bestandteil der Jugendhilfe auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Unsere politische Bildung bietet Jugendlichen und Erwachsenen über die Grenzen ihrer unterschiedlichen formalen Bildung hinweg die Möglichkeit, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, die zur Beurteilung gesellschaftlicher und politischer Vorgänge und zur Ausübung ihres Engagements als Bürgerinnen und Bürger wichtig sind, zu entwickeln und in einer sich ständig verändernden Welt den aktuellen Erfordernissen und ihren eigenen Bedürfnissen anzupassen. Fachlich steht sie neben beruflicher, kultureller, naturwissenschaftlich-technischer, sportlicher, sozialer oder religiöser Bildung. Auch in diesen Bildungsbereichen können politische Fragen angesprochen werden, denn Politik erstreckt sich auf sämtliche Lebensbereiche der Gesellschaft. Katholisch-sozial orientierte politische Bildung unterscheidet sich jedoch dadurch von anderen Bildungsbereichen, daß sie sich zentral mit politischen Fragestellungen beschäftigt. Diese Unterscheidung soll auch in den Ausschreibungen zu unseren Bildungsangeboten deutlich werden. Wir

legen Wert auf eine präzise Information der Eingeladenen über die Ziele, Inhalte und Methoden unserer Bildungsveranstaltungen.

(17) Politische Bildung trägt zur Identitätsbildung ihrer Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei. Sie unterscheidet sich aber von Angeboten der individuellen Beratung, Betreuung und Begleitung. Die in diesen Arbeitsfeldern entwickelten sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Ansätze und Methoden können auch in der politischen Jugendbildung nützlich sein, indem sie Lernprozesse vorbereiten, begleiten und gestalten helfen. Mit jedem unserer Bildungsangebote wollen wir in den Kern des Politischen vorstoßen. Wir wählen je nach Zielgruppe und Interessenlage biographische und lebensweltspezifische Zugänge und berücksichtigen Bedürfnisse nach Erwerb und Steigerung kommunikativer, beruflicher, technischer, naturwissenschaftlicher, philosophischer, theologischer oder musisch-kreativer Fähigkeiten und Kenntnisse.

Lernziele der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung

(18) Katholisch-sozial orientierte politische Bildung will zum selbständigen Mitgestalten von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und internationalen Be-

ziehungen befähigen. Sie will dazu beitragen, daß sich Bürgerinnen und Bürger mit Sachkenntnis und auf der Grundlage von selbständigen, begründeten Entscheidungen in Verantwortung gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und zukünftigen Generationen an Politik beteiligen. Sie will Menschen anregen, das Politische als Bestandteil ihrer persönlichen Identität zu verstehen. Sie will ihnen grundlegende Werte unserer demokratischen Gesellschaft vermitteln und ihnen ermöglichen, sich Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen, um politische Handlungsebenen zu erkennen und sich politisch zu engagieren. Auf didaktischer Ebene geht es in der politischen Bildung um die Förderung sowohl von kognitiven, kommunikativen als auch von ethischen Kompetenzen. Den Lernzielen liegen als Prinzipien zugrunde: Lebensweltorientierung, Teilnehmerinnen- und Teilnehmerorientierung und ein partizipativer Ansatz. Im einzelnen sollen die Teilnehmenden im gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit den pädagogisch Verantwortlichen in der politischen Bildung

- > Kenntnisse über Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, europäische und weltweite Politik in Theorie und Praxis erwerben einschließlich der politisch und gesellschaftlich bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Technik und Wissenschaft;

- > Fähigkeiten entwickeln und einüben, Handlungskompetenzen erwerben und Handlungsfelder entdecken, die zur wirkungsvollen Teilnahme an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltungsprozessen und zur Fortentwicklung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, der europäischen Einigung und der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen notwendig sind;
- > ihre Fähigkeiten entwickeln und einüben, sich im Diskurs mit anderen Teilnehmenden und Fachleuten über gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Fragen auseinanderzusetzen, eigene Positionen zu finden und ihre Meinung zu äußern, zuzuhören und andere Meinungen zu tolerieren, Konflikte auszutragen und Lösungen zu suchen;
- > die Wert- und Sinnfragen aufdecken und reflektieren, die hinter gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatlichen und internationalen Organisationen und Institutionen, hinter Macht- und Interessenspositionen und hinter gesellschaftlichen Theorien stehen, und zu einer eigenständigen Urteilsbildung im Diskurs gelangen;
- > sich zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen ebenso wie der Pflichten und Ver-

2 | Selbstverständnis von politischer Bildung

antwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt befähigen;

- > sich zur Mitwirkung in Gesellschaft, Staat und internationalen Beziehungen motivieren.

Gesellschaftliche und politische Ziele der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung

(19) Mit unserem Bildungsangebot möchten wir einen Beitrag zur Fortentwicklung staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnungen auf der Basis der christlichen Sozialethik und insbesondere der Option für die Armen leisten. Mit unserem Angebot der Bildung und des Diskurses geht es uns um die Verwirklichung folgender Ziele⁵:

- > Die Förderung des Gemeinwohls durch die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in den staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen: Bestehende Diskriminierungen sollen abgebaut werden, und allen Gliedern der

5 Vgl. dazu v.a. die Kapitel 3 und 4 des Gemeinsamen Wortes „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ und die Umschreibung der zwölf Hauptanliegen der Katholischen Soziallehre bei Walter Kerber/ Heimo Ertl/ Michael Hainz (Hrsg.), *Katholische Gesellschaftslehre im Überblick. 100 Jahre Sozialverkündigung der Kirche, Frankfurt a.M. 1991, S. 36-38.*

2 | Selbstverständnis von politischer Bildung

Gesellschaft sollen gleiche Chancen eröffnet und gleichwertige Lebensbedingungen ermöglicht werden, ohne die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen zu vernachlässigen. Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik soll gefördert werden. Über die zwischenmenschlichen Beziehungen hinaus soll jedes Glied der Gesellschaft seinen Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls leisten. Soziale Gerechtigkeit umfaßt die gerechte Verteilung von materiellen und immateriellen Gütern sowie die Beteiligung aller am Prozeß des Erwirtschaftens.

- > Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie: Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Regelung aller sie betreffenden Angelegenheiten verantwortlich beteiligen. Das bedingt offene Strukturen in politischen Parteien und Institutionen. Da den Medien bei der Vermittlung politischer Fragen eine zentrale Rolle zukommt, haben kritische Urteilsfähigkeit und Medienkompetenz für die verantwortliche Mitgestaltung des Gemeinwesens besondere Bedeutung.
- > Die Verwirklichung von Solidarität und Subsidiarität in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat: Privates Eigentum unterliegt der Sozialpflichtigkeit

(Art. 14 GG), und in der Wirtschaft ist der Vorrang der Person mit ihrer Menschenwürde vor allen anderen Werten zu beachten. Der einzelne Mensch und die kleineren Gemeinschaften sollen in ihrer eigenständigen und eigenverantwortlichen Entfaltung möglichst wenig behindert werden. Die außerordentlichen Leistungen, die Familien mit Kindern für die Gesellschaft erbringen, sind in geeigneter Weise anzuerkennen. Eigenverantwortung und Eigeninitiative von Familien und Einzelnen sind zu stärken.

- > Die Förderung einer neuen Sozialkultur: Die vielfältigen Formen sozialer und zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Verbände, in denen sich Menschen mit Phantasie und Engagement für das Gemeinwohl einsetzen, bedürfen einer verstärkten gesellschaftlichen Anerkennung und Förderung. Sie müssen in ihren Aktivitäten durch die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen, durch Weiterbildungsangebote und durch die Bereitstellung von Infrastrukturen unterstützt werden. Soziale Netzwerke und Selbsthilfegruppen sind verstärkt in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen.
- > Die Förderung einer nachhaltigen, d.h. dauerhaft umweltverträglichen, sozialen und wirt-

schaftlichen Entwicklung: Christliche Sozialethik geht aus von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension. Sie verbindet den Grundgedanken der Bewahrung der Schöpfung mit dem einer Weltgestaltung, welche die Einbindung aller gesellschaftlichen Prozesse in das – allem menschlichen Tun vorgegebene – umgreifende Netzwerk der Natur Rechnung trägt.

- > Die zukunftsfähige Entwicklung der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft: Durch politische Rahmensetzungen soll langfristig sichergestellt werden, daß der freie Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökonomisch und ökologisch sinnvollen Nutzung von Ressourcen und zur Wahrung der Interessen der Konsumenten führt. Die Säulen des Sozialstaates, die „das solidarische Eintreten für sozial gerechte Teilhabe aller an den Lebensmöglichkeiten verkörpern“⁶, müssen gefestigt und ihre Finanzierung gerecht verteilt und langfristig gesichert werden. Es soll nur ein solches Wirtschaftswachstum erstrebt werden, das „die berechtigten Interessen der

⁶ *Gemeinsames Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Ziffer 133*

kommenden Generationen und der Menschen auf anderen Kontinenten“⁷ beachtet. Das bedingt eine ökologische Ergänzung der sozialen Marktwirtschaft.

- > Die Verwirklichung weltweiter Solidarität: Die fortschreitende Integration der Europäischen Union und die zunehmende Globalisierung dienen nur dann der weltweiten Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden, wenn sie nach dem Maßstab weltweiter Solidarität erfolgen. Dies erfordert die Berücksichtigung der Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten der armen Länder, die Beseitigung der Massenarmut, die Bewältigung der Migrationsproblematik, die Verbesserung des internationalen Umweltschutzes, die Annäherung sozialpolitischer Standards, die verantwortliche Gestaltung der internationalen Finanzmärkte und die Stärkung internationaler Institutionen zur friedlichen Konfliktregelung. Die Entfaltung einer Lebenskultur, die Einbindung naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen in gesellschaftliche und poli-

⁷ *Gemeinsames Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Ziffer 148*

tische Prozesse: Leben in seiner umfassenden Dimension ist auf grundlegende Weise in Frage gestellt. Signifikant wird dies mit Blick auf die Ökologiesituation und den Erkenntnis- und Anwendungsfortschritt in Medizin und Biotechnologie. Die in diesem Zusammenhang sich neu eröffnenden Handlungs- und Entscheidungsspielräume bedingen nicht nur einen zunehmenden Regelungsbedarf, sie bedürfen zudem der nachhaltigen, zukunftsfähigen und konsensorientierten Verständigung über die Grundlagen menschlichen Lebens und Zusammenlebens im Einklang mit allem außermenschlichen Leben.

(20) Wenn wir uns zu diesen Zielen unserer Bildung bekennen, so halten wir gleichzeitig fest, daß wir sie ausschließlich im Rahmen eines offenen Dialogs und eines gemeinsamen Lernprozesses mit den Teilnehmenden und beteiligten Fachleuten an unseren Bildungsveranstaltungen verfolgen. Wir wenden uns gegen Indoktrination und politische Agitation in der politischen Bildung. Auf diese Trennung ist besonders bei handlungsorientierten Methoden hinzuweisen. Im offenen Dialog mit allen interessierten Menschen möchten wir für die Überzeugungskraft unserer Prinzipien werben.

3

3 Wie wir uns im System der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung verorten

(21) In unserer plural strukturierten Gesellschaft kommen in Verbänden, Bewegungen, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften eine Vielzahl unterschiedlicher Wertorientierungen zum Tragen. Auch wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Grundgesetzes und die darin festgeschriebenen Menschenrechte Gemeingut dieser Gruppierungen sind, zeigen sich in der Begründung dieser Werte teilweise grundlegende Unterschiede. Es ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppierungen, einen Grundkonsens über Werte und demokratische Spielregeln anzustreben und kritisch zu tradieren. Die kritische Tradierung des gesellschaftlichen Grundkonsenses und die Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft liegen im Interesse aller. Politische Bildung leistet zu beidem wichtige Beiträge.

(22) Zu den gesellschaftlichen Gruppierungen in Deutschland zählen die christlichen Kirchen. Sie sind auf vielfältige Weise am Leben von Gesellschaft und Staat beteiligt. Zum Selbstverständnis der katholischen Kirche gehört es, an der Gestal-

tung dieser Welt mitzuwirken⁸. Dabei anerkennt sie die Eigengesetzlichkeit aller Kultur- und Lebensbereiche. Politische Bildung ist ein genuin kirchlicher Auftrag, zu dem sich die Bischöfe in ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ ausdrücklich bekennen⁹. Als Bildungseinrichtungen und Verbände nehmen wir diesen Auftrag sachgerecht wahr.

(23) Katholisch-sozial orientierte politische Bildung ist wertorientierte politische Bildung. In unserer Orientierung an den Werten der christlichen Sozialethik legen wir großen Wert auf die Beachtung der Forderung des Beutelsbacher Konsenses, wonach Kontroverses in der Politik auch in der politischen Bildung kontrovers darzustellen ist. Im Rahmen unserer Bildungsveranstaltungen werden unterschiedliche politische Positionen und ihre Wertbezüge vorgestellt, erörtert und in den Diskurs einbezogen. Die Grundlagen, auf denen unsere Beurteilung von Problemen oder Strukturen beruht, legen wir in unseren Veranstaltungen offen.

⁸ Vgl. *Gaudium et spes*, Ziff. 31-32, 40-45. In ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (Ziff. 101, 248-256) haben sich die Kirchen ausdrücklich zu dieser Aufgabe bekannt.

⁹ Vgl. *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, Ziff. 113, 208, 248, 255.

Die plurale Trägerstruktur in der außerschulischen politischen Bildung

(24) Mit unserem Angebot der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung leisten wir als freie Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung neben anderen Trägern einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung in Deutschland. Da politische Bildung stets wertgebunden ist, müssen in einer pluralen Gesellschaft alle Gruppierungen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet sind, Gelegenheit erhalten, zu dieser Aufgabe beizutragen. Die plurale Trägerstruktur spiegelt die Pluralität wider, die unsere Gesellschaft und die politische Kultur unseres Landes kennzeichnet. Über die grundlegende Bedeutung von Autonomie und Pluralität von Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung herrscht in der Bundesrepublik ein breiter Konsens.

(25) „Aufgabe des Staates ist es, dieses plurale und demokratische Meinungsspektrum in seiner vollen Breite zu fördern“¹⁰. Seine Verantwortung für die politische Bildung besteht in erster Linie

10 Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Doris Odendahl, Wolf-Michael Catenhusen, Edelgard Bulmahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD (= Bundestagsdrucksache 13/10810), Bonn 1998, S. 4.

darin, den freien Trägern die Durchführung von Angeboten der politischen Bildung zu ermöglichen „und die notwendigen Einrichtungen und Maßnahmen anzuregen und zu fördern. Die Politische Bildung der verschiedenen Gruppen kann durch staatliche Veranstaltungen nicht ersetzt, sondern nur ergänzt werden. Die notwendige Ausgewogenheit staatlichen Handelns in der politischen Bildung wird durch die gleichberechtigte Förderung der unterschiedlichen Träger mit je eigenem Profil garantiert. Die gebotene politische Ausgewogenheit wird dabei nicht durch jeden Träger für sich, sondern insgesamt durch die Breite des Trägerpektrums hergestellt“¹¹.

(26) Im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) hat sich der Staat dazu verpflichtet, „die Selbständigkeit der freien Jugendhilfe in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten“ (§ 4 KJHG). Er betrachtet die Vielfalt der Wertorientierungen als konstitutiv für die Jugendhilfe und damit auch für die politische Jugendbildung (§ 3 KJHG). Wir setzen uns dafür ein, daß diese

11 Außerschulische Politische Bildung ist ein konstitutives Element demokratischer politischer Kultur. Erklärung des Arbeitsausschusses für Politische Bildung vom 12. November 1997, in: Praxis Politische Bildung 2 (1998), S. 152.

Anerkennung der Position der freien Träger auch überall für die politische Erwachsenenbildung gilt. Wir bemühen uns um die fachliche Ausgestaltung dieser Struktur und erwarten, daß auch andere Träger der politischen Bildung einen entsprechenden Beitrag leisten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Förderung politischer Bildung dürfen die Autonomie der Träger in der inhaltlichen und didaktischen Gestaltung der Bildung nicht beeinträchtigen. Dies gilt besonders in Zeiten zunehmender Outputorientierung der öffentlichen Förderung. Diese muß die institutionelle Grundsicherung des Angebotes von katholisch-sozial orientierter politischer Bildung gewährleisten und die kontinuierliche Weiterentwicklung des Bildungsangebotes durch die Sicherung einer angemessenen personellen Ausstattung und durch die Förderung pädagogischer Innovationen ermöglichen.

(27) Die Kirche trägt durch die Sicherung einer angemessenen Infrastruktur, durch die materielle und personelle Ausstattung von Bildungseinrichtungen und Verbänden wesentlich zur Erhaltung und Förderung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung bei. Sie erfüllt damit einen genuinen Teil ihres Auftrags in der Welt.

4 Wie wir katholisch-sozial orientierte politische Bildung bundesweit organisieren

Die Arbeitsstrukturen der AKSB und des Vereins zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke

(28) Als Verbände und Bildungseinrichtungen haben wir uns in der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) zusammengeschlossen, um gemeinsam politische Bildung in katholisch-sozialer Orientierung anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Die AKSB ist eine Fachorganisation der politischen Bildung. Sie ist damit ein integraler Bestandteil der katholischen Jugend- und Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Durch sie wirken wir an der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der politischen Bildung mit. Dazu gehört die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Fachorganisationen und mit Behörden sowie die Vertretung unserer Interessen ihnen gegenüber.

Die Geschäftsstelle der AKSB setzt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung um und nimmt Funktionen einer Dienstleistungsstelle für gemeinsame Vorhaben wie z.B. Entwicklung von gemeinsamen Konzeptionen, didaktische Beratung, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit wahr.

Wichtige Formen unserer Kooperation sind fest eingerichtete Arbeitsgruppen und zeitlich befristete Projektgruppen sowie Schwerpunkte der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung. Dazu kommen regelmäßige Arbeitstagen und Fortbildungsveranstaltungen.

(29) Rechtsträger der AKSB ist der Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. Er wird vom Vorstand der AKSB gebildet. Seine Geschäftsstelle ist mit derjenigen der AKSB eng verknüpft. Er fungiert als Zentralstelle für die Förderung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung durch den Bund und internationale Einrichtungen für die Mitglieder der AKSB, die sich ihr zugeordnet haben. Die Zentralstelle berät die beteiligten Mitglieder bei der Anwendung der Förderbedingungen, erleichtert ihnen deren Handhabung, gleicht Schwankungen im Zuwendungsbedarf der Mitglieder nach Möglichkeit aus, pflegt die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Zuwendungsgebern und baut sie aus, tritt für Verwaltungsvereinfachungen ein, bearbeitet Anträge und Verwendungsnachweise und entwickelt Vorschläge für die Vergabe der Mittel und für interne Regelungen an die Beschlussgremien der AKSB und des Rechtsträgers und führt deren Beschlüsse aus.

(30) Die Wertorientierung an der christlichen Sozialethik wirkt sich in mehrfacher Hinsicht auf die Gestaltung unserer Arbeit aus: im personalen Angebot, das wir als Verbände und Bildungseinrichtungen pflegen, im Stil, der unsere Veranstaltungen prägt, und in der Didaktik unserer Bildungsveranstaltungen. Auch in der Organisation unserer Zusammenarbeit zeigt sich die Ausrichtung an der christlichen Sozialethik in einer lebendigen und konstruktiven (politischen) Streitkultur, einer Kultur des Miteinanders und der Transparenz, des Dialogs mit Anderen sowie der Balance zwischen Tradition und Innovation. Mit der auf einer spezifischen Wertorientierung ruhenden Gestaltung unserer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung leisten wir als Arbeitsgemeinschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Didaktik und Methodik der außerschulischen politischen Bildung.

Das personale Angebot in der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung

(31) Wesentlich für den pädagogischen Ansatz katholisch-sozial orientierter politischer Bildung ist das „personale Angebot“¹². Es bedeutet für

12 Vgl. Ziele und Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit, in: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg/Basel/Wien 1976, S. 298-302.

die Fachlichkeit politischer Bildung die Verbindung von Lerninhalten und Lebenspraxis, indem über die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten hinaus durch die Person der Bildnerin oder des Bildners Werthaltungen authentisch vertreten und begründet werden. In gleicher Weise werden die Teilnehmenden als Personen angenommen, in ihren Wertorientierungen herausgefordert und in ihren Lebensvollzügen respektiert. Die Reflexion der Lebenserfahrung, die gemeinsame Lernerfahrung, der partnerschaftliche Umgang in der Lerngruppe und die Offenheit für unterschiedliche Positionen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Für die politische Bildung heißt das,

- > daß die pädagogischen Mitarbeiter/-innen die auf dem christlichen Menschenbild und der christlichen Sozialethik beruhenden Werte, für die sie in ihren Veranstaltungen eintreten, glaubwürdig in ihrem Handeln gegenüber den Teilnehmenden zum Ausdruck bringen;
- > daß die pädagogischen Mitarbeiter/-innen innerhalb ihrer Einrichtungen und Verbände und in der AKSB insgesamt die Möglichkeit erhalten, ihre Wertorientierung in Fachdiskurse einzubringen und gemeinsam zu reflektieren.

- > daß die pädagogischen Mitarbeiter/-innen den Bildungsprozeß fachlich und personal prägen;
- > daß die Teilnehmenden eigene Lebenserfahrungen und Probleme im Rahmen der vorgegebenen thematischen Grenzen in die Bildungsveranstaltungen einbringen können; daß in kontinuierlichen Lerngruppen den Teilnehmenden Raum für die Entwicklung einer sich selbst reflektierenden Gruppe gegeben wird;
- > daß den Teilnehmenden auch Angebote gemacht werden können, die ihnen die spirituelle Vertiefung ihres Engagements ermöglichen.

(32) Bei der Auswahl der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei Fortbildungsmaßnahmen und bei der Einbeziehung der pädagogischen Mitarbeiter/-innen in die Strukturen unserer Verbände und Einrichtungen und unserer Arbeitsgemeinschaft werden folgende Standards zugrunde gelegt:

- > Auswahl der pädagogischen Mitarbeiter/-innen: Die Mitgliedseinrichtungen und -verbände und die AKSB-Geschäftsstelle achten bei der Auswahl ihrer haupt-, ehren- und nebenamtlichen Mitarbeiter/-innen in der katho-

- lich-sozial orientierten politischen Bildung darauf, daß diese neben einer fundierten fachlichen und pädagogischen Vorbildung für ihre Tätigkeit über Grundkenntnisse im Bereich der christlichen Sozialethik verfügen. Wo dies nicht der Fall ist, stellen die Mitgliedseinrichtungen und Verbände sicher, daß diese Kenntnisse im Rahmen der Einarbeitung erworben werden.
- > Einbeziehung in die Arbeitsstrukturen: Die einzelnen Einrichtungen und Verbände sind als Institutionen dafür verantwortlich, daß politische Bildung einen organischen Bestandteil ihres Gesamtangebotes darstellt. Sie tragen durch geeignete Maßnahmen dazu bei, daß die Referentinnen und Referenten für politische Bildung in den Gesamtrahmen der Aktivitäten der Einrichtung oder des Verbandes eingebunden sind, daß sie mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, daß sie Anregungen zur spirituellen Vertiefung ihres Engagements erhalten, und daß sie durch Austausch und Hilfe untereinander Rückhalt und Unterstützung für ihre Arbeit finden. Dabei spielt die Reflexion über die gemeinsame Wertorientierung eine wichtige Rolle.

- > Die Arbeitsgemeinschaft trägt ihrerseits durch die Bereitstellung und Förderung einer entsprechenden Infrastruktur dazu bei, daß die politischen Bildner/-innen ihrer Mitgliedseinrichtungen und Verbände sich durch Erfahrungsaustausch und gemeinsame Entwicklung von Arbeitsansätzen gegenseitig unterstützen und in ihrer Arbeit bestärken können.
- > Fortbildung: Als Einrichtungen und Verbände verpflichten wir uns, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern regelmäßig fachliche und pädagogische Weiterbildung zu ermöglichen und ihnen Gelegenheit zu geben, am fachlichen und pädagogischen Austausch im Rahmen der AKSB teilzunehmen. Bei den Fortbildungsmaßnahmen der Arbeitsgemeinschaft werden Anregungen und Bedürfnisse von Mitgliedseinrichtungen und Verbänden und von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern berücksichtigt.

Durch Fortbildungsangebote im Rahmen der AKSB, die die Maßnahmen der einzelnen Einrichtungen ergänzen, und durch gemeinsame Arbeitstagen und Fachkonferenzen stellt die Arbeitsgemeinschaft sicher, daß ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Austausch untereinander

der und durch die Auseinandersetzung mit Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie mit Expertinnen und Experten

- > ihre Kenntnisse über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, die für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung von besonderem Interesse sind, erweitern und vertiefen können;
- > die Umsetzung dieser Themen in der politischen Bildung vor dem Hintergrund der fachdidaktischen und methodischen Entwicklungen reflektieren und weiterentwickeln können;
- > ihr fachliches Wissen immer wieder neu vor dem Hintergrund sozialethischer Prinzipien reflektieren und dabei die Weiterentwicklung in der christlichen Sozialethik verarbeiten können;
- > Gelegenheit erhalten, im Dialog mit den Wissenschaften ihre fachlichen Kenntnisse einzubringen und zur Weiterentwicklung der christlichen Sozialethik beizutragen.

Im Rahmen von Arbeitsverträgen, Arbeitsplatzbeschreibungen und in den Beschreibungen unserer gemeinsamen Schwerpunkte und Projekte legen

wir fachliche, didaktische und personelle Standards fest, die diesen Anforderungen entsprechen und Innovationen fördern.

(33) Zahlreiche unserer Einrichtungen und Verbände bieten ihre Bildungsveranstaltungen in eigens dafür geschaffenen Bildungshäusern an. Diese Bildungshäuser tragen wesentlich zur Verwirklichung des personalen Angebotes bei. Sie schaffen für den Bildungsprozeß eine besondere Umgebung, die es den Teilnehmenden ermöglicht, sich entlastet vom gewohnten Alltag in den Bildungsprozeß einzubringen und – falls sie es wünschen – ihr gesellschaftliches Engagement durch die Pflege einer christlichen Spiritualität zu vertiefen. Die Internatsunterbringung trägt zudem dazu bei, daß sich zwischen den Teilnehmenden untereinander und zwischen ihnen und den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Beziehungen entwickeln können, die über die Interaktions- und Kommunikationsprozesse in den strukturierten Lernsequenzen hinausgehen. Da die außerschulische Bildung nicht auf einen standardisierten Qualifizierungsnachweis für die Teilnehmenden ausgerichtet ist, bietet sie mehr als andere Bildungsbereiche Möglichkeiten für teilnehmerorientierte Methoden.

Thematische Schwerpunkte der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung

(34) Aus der je eigenen Tradition und Aufgabenstellung heraus und aufgrund regionaler Gegebenheiten verfolgen wir als Bildungseinrichtungen und Verbände in unserer politischen Bildung bestimmte thematische Schwerpunkte und sprechen bestimmte Zielgruppen an. Zentrale Themen aus der Sicht der christlichen Sozialethik (vgl. Ziffer 19) gehen wir in unserer Arbeitsgemeinschaft mit bundesweiter und internationaler Perspektive gemeinsam an durch die Kooperation in Schwerpunkten und Projekten sowie durch den Austausch in Arbeitsgruppen und Fachkonferenzen. Die im Rahmen von Schwerpunkten und Projekten behandelten Themen werden vor dem Hintergrund gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen gemeinsam reflektiert, so daß die Bildungsangebote den laufenden Entwicklungen angepaßt und neue Fragestellungen frühzeitig aufgegriffen werden können.

Zusammenarbeit in der AKSB und Qualitätssicherung

(35) Die Zusammenarbeit in der AKSB wird von den Grundsätzen Solidarität und Subsidiarität bestimmt. Das gemeinsame Ziel aller Mitgliedsein-

richtungen ist es, katholisch-sozial orientierte politische Bildung zu fördern und weiterzuentwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützen sich die Mitgliedseinrichtungen durch gegenseitige Hilfe und Erfahrungsaustausch und durch die Einordnung in gemeinsam festgesetzte Arbeitsstrukturen. Die Mitgliedseinrichtungen nehmen die Aufgaben im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft möglichst in eigener Verantwortung wahr. Sie unterstützen aber auch die von der Arbeitsgemeinschaft eingesetzten Gremien bei der Erfüllung der ihnen übertragenen Arbeiten nach Kräften.

(36) In der Zusammenarbeit im Rahmen von Schwerpunkten und Projekten werden Konzepte und Arbeitsansätze gemeinsam erarbeitet und in Beschreibungen festgehalten. Längerfristige gemeinsame Arbeitsvorhaben werden unter den Mitgliedseinrichtungen unter Hinweis auf die Beteiligungsmöglichkeiten und auf die fachlichen Anforderungen ausgeschrieben.

(37) Um den beschriebenen fachlichen, personellen und strukturellen Standards zu genügen, ergibt sich für jede unserer Mitgliedsinstitutionen und für die Arbeitsgemeinschaft als ganzes die Notwendigkeit der Qualitätssicherung. Das bedingt einerseits, daß wir die inhaltlichen Ziele und formalen Rahmenbe-

dingungen unserer Arbeit in allgemein nachvollziehbarer Form beschreiben, und andererseits, daß der Prozeß der Festlegung von Zielen reflektiert und die Realisierung der beschriebenen Ziele und die Effizienz der festgelegten Rahmenbedingungen laufend überprüft werden. Dies gilt sowohl für die einzelnen Mitgliedsinstitutionen als auch für die Arbeitsgemeinschaft als ganzes und insbesondere für die im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft durchgeführten Veranstaltungen der politischen Bildung.

(38) Grundlagen und gemeinsame Konzepte der Arbeitsgemeinschaft werden im Rahmen der bestehenden Gremien regelmäßig im Hinblick auf Sachgerechtigkeit, Durchführbarkeit, Zweckmäßigkeit und Einhaltung überprüft und weiterentwickelt. Dadurch können die Mitgliedseinrichtungen ihre eigene Position im Verhältnis zu den anderen feststellen und gegenüber den anderen Mitgliedseinrichtungen auch deutlich machen. Durch organisatorische Maßnahmen werden die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Reflexion der eigenen Arbeit angeregt. In den gemeinsamen Schwerpunkten und Projekten wird die Wirkung der Veranstaltungen der politischen Bildung unter bestimmten, von den beteiligten Mitgliedseinrichtungen gemeinsam festgelegten Gesichtspunkten überprüft. Wichtige Arbeitsansätze im Rahmen von Schwerpunkten und

Projekten und die Ergebnisse von deren Auswertung werden dokumentiert, um den Transfer der gewonnenen Erkenntnisse zu den Mitgliedseinrichtungen und zur Fachöffentlichkeit zu ermöglichen.

Schluß

(39) Mit unseren Bemühungen für die katholisch sozial orientierte politische Bildung nehmen wir eine Verantwortung wahr, die zur Wesensaufgabe der Kirche in dieser Gesellschaft gehört. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen vollziehen sich nicht schicksalhaft, sondern sind verantwortungsvoll zu gestalten. Mit unserem wertorientierten Beitrag zur politischen Bildung in Deutschland wollen wir erreichen, daß die christlich geprägten Grundlagen, die Achtung der Menschenwürde jedes und jeder einzelnen als Person und die damit verbundene Forderung nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft weitergegeben und vertieft werden. In dieser Form werden wir auch in Zukunft als freie Träger in einer pluralistischen Gesellschaft dazu beitragen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung weiterzuentwickeln und die mit ihr verbundenen Werte zu stärken.

Von der Mitgliederversammlung der AKSB am 26. November 1998 in Trier einstimmig beschlossen.

Geleitwort des Bundesministers des Innern zur ersten Druckausgabe der AKSB-Konvention

Die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung obliegt in der Bundesrepublik Deutschland im Wesentlichen einer großen Zahl freier Träger, die die pluralistische Struktur unserer Gesellschaft widerspiegeln. Die Bundesregierung fördert die Bildungsmaßnahmen dieser freien Träger seit Jahrzehnten und wird dies auch in Zukunft unter Beachtung der Autonomie dieser Träger tun.

Politische Bildung soll zusammen mit der allgemeinen und der beruflichen Bildung dazu beitragen, daß alle Menschen Verantwortung für ihr persönliches Leben in der Gesellschaft, in Arbeit und Beruf, in Kultur und Politik übernehmen können. Hier sehe ich auch die herausragende Aufgabe der freien Träger politischer Bildungsarbeit, nämlich den Menschen in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt mit komplexen gesellschaftspolitischen Problemen Orientierung zu geben für verantwortungsvolles Handeln.

Die 69 Mitgliedseinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke haben in der politischen Bildungsarbeit ihren festen Platz. Mit der vorliegenden Konvention leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die künftige politische Bildungsarbeit in unserer Gesellschaft. Ich hoffe, daß hiermit eine breite Debatte in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung angeregt wird, die zu einer Überprüfung und Sicherung der hohen Qualitätsstandards der Arbeit der freien Träger führt, um auch in Zukunft den gesellschaftlichen Anforderungen genügen zu können.

Ihr Otto Schily
Bundesminister des Innern
 (1999)

Geleitwort von Bischof Dr. Josef Homeyer zur ersten Druckausgabe der AKSB-Konvention

Katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung hat einen Stellenwert für die Gesellschaft, der bei aller Wertschätzung zumeist unterschätzt wird. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft benötigen einen Kompaß. Dieser Kompaß besteht in der Beantwortung der Frage, in welcher Gesellschaft der einzelne leben will. Um diese Frage zu beantworten, reicht es leider nicht aus, sich auf ordnungspolitische Konzeptionen – wie die Soziale Marktwirtschaft – oder gar auf bestimmte wirtschafts-, sozial-, bildungs- oder kulturpolitische Instrumente und Maßnahmen zu einigen. Sowohl Rahmengesetzgebung als auch prozeßpolitische Entscheidungen müssen eingebettet sein in ein Ensemble von Ziel- und Wertvorstellungen. Politische Jugend- und Erwachsenenarbeit, die sich grundlegenden sozialen und ethischen Ziel- und Wertvorstellungen verschrieben weiß, ist deshalb kein Anhängsel des sonstigen Bildungsangebots, sondern gewissermaßen dessen Grundlage. Von daher wird auch der fundamentale Stellenwert katholisch-sozial orientierter politischer Jugend- und Erwachsenenbildung für die Kirche und der vorliegenden Konvention für den innerkirchlichen Diskurs über den notwendigen Wertebezug katholischer Jugend- und Erwachsenenbildung deutlich.

Eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen besteht zur Zeit in den fehlenden Teilhabechancen vieler Menschen auf den Arbeitsmärkten. Eine der ganz zentralen Antworten auf diesen ethischen Skandal ist: mehr Bildung und Qualifikation. Auch hier ist eine politische und gesellschaftsbezogene Bildung mit ethischer Orientierung gewissermaßen der fruchtbare Boden, auf dem Teilhabechancen in den verschiedenen Lebensbereichen gedeihen können. Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit an den Grundpfeilern der Gesellschaft und wünsche Ihnen Gottes Segen.

*Bischof Dr. Josef Homeyer
Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche
und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz
(1999)*

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB)

Informationen

- > zur AKSB Konvention:
www.aksb.de > Konvention
- > zu den Mitgliedseinrichtungen:
www.aksb.de > Mitgliedseinrichtungen
- > zum Kursangebot der AKSB:
www.aksb.de > Kursangebot
- > zur Arbeit der AKSB Fachgruppen:
www.aksb.de/imtrend
- > zur trägereigenen Datenbank „Didaktische Dokumentation“: *www.aksb.de > didado*

Kontakt:

AKSB-Geschäftsstelle

Heilsbachstraße 6
53123 Bonn
Tel.: 0228-2 89 29 30
Fax: 0228-2 89 29 57
info@aksb.de
www.aksb.de

Die AKSB ist Mitglied in der Europäischen Vereinigung für Erwachsenenbildung (EAEA), der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), in der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI), im Bundesausschuß Politische Bildung (bap) und der Konzierten Aktion Weiterbildung (KAW).

Gemeinsam mit der Europäischen Föderation für katholische Erwachsenenbildung (FEECA), der Deutschen Katholischen Erwachsenenbildung (KBE, Landes- und Diözesanarbeitsgemeinschaften) und der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) / Jugendhaus Düsseldorf e.V. ist die AKSB Träger eines **Europabüros**.

Kontakt:

Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung.

Av. Tervuren 221 · B-1150 Brüssel
Tel.: 00 32 2 738 07 90
Fax: 00 32 2 738 07 95
office@cathoyouthadult.org
www.cathoyouthadult.org

Impressum:

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer
Bildungswerke in
der Bundesrepublik
Deutschland (AKSB)
Heilsbachstr. 6
53123 Bonn
Tel. 0228-28929.30
www.aksb.de

Redaktion:
Lothar Harles
(verantwortlich)
Markus Schuck

Gestaltung:
Bischof Werbeagentur
Friedrichstraße 34
53111 Bonn
Tel. 0228-9659131

Druck:
Das Druckhaus
Laurentiusweg 28
53347 Alfter

